

Swisscom-Partner: Verdeckte Provisionen

Basler FDP-Nationalrat Peter Malama kritisiert «unethische Preisdrückerei»

BERN Vor gut zwei Jahren hat die Swisscom ihr Facility-Management an die Firma Johnson Controls ausgelagert. Jetzt versucht der Swisscom-Partner von seinen Zulieferern Rückvergütungen für erhaltene Aufträge, sogenannte Kickbacks, einzutreiben. Johnson Controls verlangt gemäss einem der SonntagsZeitung vorliegenden Brief an potenzielle Auftragnehmer einen sogenannten «Umsatzbonus» von 6 Prozent auf zukünftige Aufträge. Andernfalls, so wird ihnen gedroht, würden sie als Zulieferer nicht mehr berücksichtigt. Die Swisscom hält gegenüber der SonntagsZeitung fest, sie sei «über die Forderung von Rückvergütungen nicht informiert» gewesen. Johnson Controls war für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Das Geschäftsgebaren des Swisscom-Partners ist rechtlich zumindest fragwürdig, höchstwahrscheinlich gar illegal. Gemäss Bundesgericht sind solche Kickbacks, verdeckte Provisionen an einen Auftragsvermittler, nur zulässig, wenn alle Partner davon wissen. Zudem müssen sie dem ursprünglichen Auftraggeber, hier der Swisscom, zugutekommen. Beides ist nicht der Fall.

Für den Basler Gewerbedirektor und FDP-Nationalrat Peter Malama, der von betroffenen Gewerbebetrieben alarmiert wurde, ist das Verhalten von Johnson Controls, aber auch die Rolle der Swisscom «skandalös». Johnson Controls missbrauche ihre Marktmacht und fördere einen für das Gewerbe ruinösen Preiszerfall, schreibt er in einem Brief an Swisscom-Chef Carsten Schloter. Die Swisscom ihrerseits versuche die Hände in Unschuld



Malama: Telecom-Riese liess Johnson Controls gewähren

zu waschen, kritisiert Malama. Sie habe ihren Partner naiv gewähren lassen und nicht einmal dafür gesorgt, dass allfällige Rückzahlungen der Swisscom und damit den Kunden oder dem Bund als Mehrheitsbesitzer zugutekämen. Malama verlangt nun, dass Schloter Johnson Controls stoppt.

Die Swisscom hat auf die Recherchen der SonntagsZeitung reagiert. Sie hat Johnson Controls aufgefordert, bezüglich der Provisionen vorerst nichts mehr zu unternehmen und ihr das anvisierte System mit Vorzugslieferanten und Rückvergütungen zu erläutern. Swisscom-Sprecher Olaf Schulz betont: «Die Swisscom hat kein Interesse an zusätzlichen Provisionen.»

Für Malama ist die Sache dennoch nicht erledigt. Er vermutet, dass auch andere Bundesbetriebe wie die Post oder die SBB «Dienstleistungen und damit die ethisch bedenkliche Preisdrückerei auslagern und dabei nicht einmal sicherstellen, dass sie beziehungsweise der Bund und die Kunden davon profitieren». Malama sucht jetzt nach Möglichkeiten, Bundesbetriebe zu zwingen, auf solche Verträge zu verzichten.

DENIS VON BURG

ANZEIGE

Vertrag mit dem Volk

Im Willen, mit all unseren Kräften für die Schweiz einzustehen, im Bewusstsein, dass die Freiheit unseren täglichen Einsatz erfordert, in der Überzeugung, dass wir die Schwachen nur stärken, wenn wir die Starken nicht schwächen, stehen wir für folgende Grundsätze ein:

- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten.
- Wir wollen die Masseneinwanderung stoppen.
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen.

Im August des Jahres 2011



Dafür stehe ich ein!

Caspar Baader, Nationalrat
Ständeratskandidat



Schweizerische Volkspartei, Postfach 8252, 3001 Bern, www.svp-wahlen.ch

Mit einer Spende auf PC-Konto 30-8828-5 unterstützen Sie unseren Wahlkampf für eine freie und unabhängige Schweiz. Mit herzlichem Dank für Ihre Unterstützung!

Boom beim Lohndumping

Auf dem Bau finden sich bei fast jeder zweiten Kontrolle Verstösse gegen Mindestlöhne

VON MATTHIAS HALBEIS

ZÜRICH Die Zahl der registrierten Fälle von Lohndumping bei Schweizer Firmen hat sich innert Jahresfrist massiv erhöht – insbesondere auf dem Bau. Gemäss dem Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) haben die Paritätischen Kommissionen (PK) 2010 im Baugewerbe in 42 Prozent aller kontrollierten Fälle Verstösse gegen die Mindestlohnregeln festgestellt. Ein Jahr zuvor waren es noch 28 Prozent.

Insgesamt überprüften die PK letztes Jahr 1435 Schweizer Bauunternehmen – fast die Hälfte nach konkreten Hinweisen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Bei diesen Kontrollen kam es neben den erwähnten 614 Lohnverstössen in weiteren 610 Fällen zu Beanstandungen. Beispielsweise wegen Nichteinhaltens von Vorgaben des allgemeinverbindlichen Landesmantelvertrags (LMV) bei Arbeitszeit, Spesen oder Wegpauschalen.

Marco Christ von der Baustellenkontrolle Basel sagt: «Im ersten Halbjahr 2011 hatten wir bei Schweizer Firmen ebenfalls Verstossquoten über alle Branchen von rund 50 Prozent festgestellt.» Ihn überraschten die Gesamtzahlen des Jahres 2010 darum nicht.

Der Aufschwung zieht Trittbrettfahrer an

Auf dem Bau ist ein Verdrängungskampf im Gang: «Immer mehr branchenfremde Firmen mit schlechteren Anstellungsbedingungen schnappen den Baumeistern Aufträge weg, das ist ein Grund für die hohen Verstossquoten im Bauhauptgewerbe», sagt Christa Suter, Präsidentin der PK Bau im Kanton Zürich und Sektionsleiterin bei der Gewerkschaft Unia. Beim Schweizerischen Baumeisterverband (SBV) stellt auch Vizedirektor Martin A. Senn fest, dass die gute Auftragslage Trittbrettfahrer anziehe.

Laut Ernst Zülle, Zentralsekretär der Gewerkschaft Syna und Mitglied der Schweizerischen Vollzugskommission für das Bauhauptgewerbe (SVK), weichen beispielsweise Gärtnermeister im



Baustelle: Auch Vereinbarungen zu Arbeitszeit, Wegpauschalen und Spesen werden oft nicht eingehalten

FOTO: A. DELLA BELLA/KESTONE

Thurgau aufgrund fehlender Allgemeinverbindlichkeit des Gesamtarbeitsvertrages im Gartenbau für Baumeister- und Aushubarbeiten bis nach Zürich aus, um ihre Leute auszulasten. Für die PK-Zürich-Präsidentin Suter ist klar: Weil deren Lohnniveau tiefer liegt als im Baugewerbe, ergeben sich massive Lohndumping-Probleme.

Landesmantelvertrag wird mit Outsourcing umgangen

Laut Stefan Wüthrich, PK-Mitglied im Kanton Bern, gibt es weitere branchenfremde Firmen, die im Baurevier jagen: So trafen letzte Woche Baustellenkontrolleure auf eine Gipserfirma, die den Rohbau eines Einfamilienhauses hochzog. Auch sie hat sich nicht an den Landesmantelvertrag gehalten.

Für PK-Zürich-Präsidentin Suter gehören auch Baustellentransporte zu dieser Problematik: «Viele Baufirmen haben ihre Chauffeure in spezielle Firmen ausgelagert, um damit die Bestimmungen des LMV zu umgehen.» Dies, obwohl ein Bundesgerichtsurteil die Unterstellung solcher Firmen unter den LMV klar bejaht hatte. Für Syna-Zentralsekretär Zülle ist klar: «Die Trennung der Branchen auf dem Bau wird immer fließender, das macht die Durchsetzung der Arbeitsbedingungen schwieriger.»

Der Unia-Kommunikationschef Nico Lutz zieht ein düsteres Fazit: «Wir haben auf dem Bau zahlreiche Probleme mit Firmen, welche die Vertragsbestimmungen unterlaufen.» Das führe zu Wettbewerbsverzerrungen. «Wir können darum nicht nachvollziehen, warum der Baumeisterverband nun den Geltungsbereich für den neuen LMV einschränken will», kritisiert Lutz. Dies führe dazu, dass Arbeitnehmer aus dem Schutz dieses Vertrages entlassen und voll dem Lohndumping ausgereicht würden.

SBV-Vizedirektor Senn hält dazu fest, dass der SBV in keiner Art und Weise Interesse an branchenfremder Konkurrenz habe, welche den LMV unterlaufe. Zu den laufenden Verhandlungen wollte er keine Angaben machen.

Millionenauftrag unter der Hand vergeben

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt pflegt eine lockere Beschaffungspraxis – trotz anderslautender Anweisung

BERN Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) hat sich bei Millionenaufträgen immer wieder über die internen Beschaffungsrichtlinien des Bundes hinweggesetzt. Die Luftfahrtbehörde missachtete die Regeln, obwohl sie von mehreren Stellen darauf aufmerksam gemacht wurde.

Die Regelverstösse des Luftfahrtamtes sind in Berichten der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) dokumentiert, in welche die SonntagsZeitung unter Berufung auf das Öffentlichkeitsgesetz Einsicht bekam. Darin wird das Bazl für seine Beschaffungspraxis scharf gerügt. Erstmals kritisierten die Finanzkontrolleure des Bundes vor vier Jahren, dass Millionengeschäfte freihändig, das heisst ohne das verlangte Ausschreibungsverfahren, vergeben wurden. Der Grundsatz des Wettbewerbs sei

vom Bazl nur teilweise eingehalten worden. Gestützt auf die Überprüfung zweifelte die EFK die «wirtschaftliche und sparsame Beschaffung» in mehreren Fällen an – und verlangte, dass Aufträge künftig nur in gerechtfertigten Ausnahmefällen unter der Hand vergeben würden: «Es gilt der Grundsatz des freien Wettbewerbs».

Bazl verzichtete sogar bewusst auf die Ausschreibung

Das Luftfahrtamt zeigte sich von der Schelte unbeeindruckt. Eine Nachkontrolle förderte dieses Jahr wieder Mängel zu Tage. Laut der Prüfung beschaffte sich das Bazl 2009 in 34 Fällen Güter und Dienstleistungen im freihändigen Verfahren, obwohl die Geschäftsvolumen über dem im Bazl gültigen Schwellenwert lagen. Auch 2010 entdeckten die Finanzkont-

rolleure Geschäfte, bei denen dieser Wert unbeachtet blieb.

Einen Fall stuften die Prüfer als besonders gravierend ein. Das Bazl vergab einen Millionenauftrag formlos, obwohl es vom Kompetenzzentrum des Bundes für das Beschaffungswesen den Bescheid bekam, eine Ausschreibung sei zwingend nötig. Konkret ging es um den Auftrag zur Erstellung von Fluglärmkarten.

«Uns war bewusst, dass die direkte Vergabe des Auftrags ein Grenzfall darstellte», räumt Bazl-Sprecher Daniel Göring ein. Man habe «im Interesse eines möglichst effizienten Mitteleinsatzes» auf eine offene Ausschreibung verzichtet. Nach der erneuten Kritik will das Bazl den Auftrag jetzt ausschreiben.

Nicht nur das Luftfahrtamt, auch die Chefbeamten in den Vor-

zimmern der Bundesräte, umgingen laut EFK die Regeln für den Einkauf von Gütern und Dienstleistungen: Die Generalsekretariate von Didier Burkhalter, Micheline Calmy-Rey, Eveline Widmer-Schlumpf sowie der Ex-Bundesräte Hans-Rudolf Merz und Moritz Leuenberger pflegten in der Vergangenheit eine lockere Beschaffungspraxis. So sind im Generalsekretariat im Justizdepartement Beschaffungen unrechtmässig gesplittet worden (SonntagsZeitung vom 27. März). Der Präsident der Finanzdelegation, der Appenzeller CVP-Nationalrat Arthur Loepfe, hat ein gewisses Verständnis für die Missstände der Verwaltung. Diese befinden sich in einem Lernprozess, das noch junge Beschaffungsrecht sei «nicht ganz einfach».

MARTIN STOLL